



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, den 31. August 1992

Informationsnotiz

An den Bundesrat

**Londoner Konferenz über das ehemalige Jugoslawien
vom 26. und 27. August 1992**

1. Die Konferenz fand unter dem gemeinsamen Vorsitz des britischen Regierungschefs John Major als Vertreter der EG-Präsidentschaft und dem UNO-Generalsekretär Boutros Gali statt. Die führende Rolle während der Konferenz spielte Major. Eingeladen an die Konferenz waren alle EG-Mitgliedstaaten, alle ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates - in dieser Eigenschaft waren China, Russland und die USA vertreten -, alle Mitglieder der G7 - ermöglichte Teilnahme Kanadas -, alle Nachbarstaaten des ehemaligen Jugoslawiens und die CSSR als derzeitige KSZE-Präsidentschaft. Das IKRK und UNHCR waren ebenfalls vertreten. Die Schweiz erfüllte keines der formellen Teilnahmekriterien. Sie würde jedoch vom Exekutivsekretär der Konferenz als Gast mit Beobachterstatus eingeladen. Staatssekretär Jakob Kellenberger und Minister Christian Faessler von der Botschaft in London wohnten der Konferenz bei.

Serbien-Montenegro, Kroatien, Bosnien-Herzegowina (B-H), Slowenien und Mazedonien waren mit einer Ausnahme (Slowenien) auf Präsidentenebene vertreten.

Wie Major zu Beginn der Konferenz sagte: "In this room sit all the people who can stop the war".

2. Die Konferenz erwies sich vor allem als ein Gefäss, das von allen Teilnehmern benutzt wurde, um Serbien-Montenegro unter enormen politischen Druck zu setzen. Am Anfang wie am Schluss der Konferenz betonte Major die Wahl, vor welcher Serbien-Montenegro stehe:

entweder erfüllt Serbien-Montenegro die europäischen Normen hinsichtlich der Menscheninsbesondere Minderheitenrechte, achtet die territoriale Integrität unabhängiger Staaten etc., dann kann es Aufnahme in die europäische Staatengemeinschaft und Hilfe beim Wiederaufbau erwarten

oder der Druck wird bis zur völligen Isolierung erhöht: kein Handel, keine Hilfe, keine internationale Anerkennung etc.



Auf dieser Linie bewegten sich die Interventionen praktische aller Staaten, wenn auch mit Unterschieden in der Tonlage. Besonders hart ins Gericht mit den Serben gingen die Aussenminister Deutschlands, der Niederlande und Dänemarks. Die Hauptverantwortung für die heutigen Verhältnisse im ehemaligen Jugoslawien und vor allem in B-H wurde von allen Rednern Serbien und den bosnischen Serben zugeordnet, praktisch alle räumten jedoch auch ein, dass keine Partei schuldlos sei.

Die von allen Teilnehmern (auch denjenigen aus dem ehemaligen Jugoslawien) akzeptierte Erklärung mit den Grundsätzen, welche die Grundlage für eine Verhandlungslösung der Probleme im ehemaligen Jugoslawien bilden sollen, liegt dieser Notiz bei. Die Erklärung enthält die wichtigsten Forderungen, welche die Teilnehmer in ihren Erklärungen stellten.

Die Erklärung über Bosnien liegt ebenfalls bei. Die Vertreter Serbien-Montenegros, Kroatiens, Sloweniens, Mazedoniens und B-Hs wurden einzeln aufgefordert, ihre Zustimmung zum Text zu geben, was sie taten. In diesen Zusammenhang gehört, dass der Führer der bosnischen Serben in London schriftlich die folgenden Zusicherungen gemacht hat:

- Notifikation der Stellungen aller schweren Waffen an die UNO, die um die Städte Sarajevo, Bihac, Goradze und Jajce gruppiert und von ständigen UNO-Beobachtern überwacht werden sollen
- in Verhandlungen zwischen den drei bosnischen Parteien werden die bosnischen Serben dem Rückzug aus einem substantiellen Teil des von ihnen kontrollierten Gebietes zustimmen.

Die Konferenzteilnehmer, ohne die Texte formell zu verabschieden, haben sich im wesentlichen auf ein Arbeits- und Aktionsprogramm mit Massnahmen zur Beendigung der Gewalt, im humanitären Bereich und zwecks wirkungsvoller Anwendung der Sanktionen (ohne serbische Zustimmung) geeinigt.

Die entsprechenden beiden Papiere ("Work Programme of the Conference" und "Specific Decisions by the London Conference") dürfen aber nicht als im Detail ausgehandelte und von allen Teilnehmern formell akzeptierte Dokumente angesehen werden. Sie sind als Leitlinien für künftige Aktionen zu verstehen, die von einer klaren Mehrheit unterstützt werden.

3. Die Konferenz wird ihre Arbeiten ab dieser Woche am UNO-Sitz in Genf auf Ebene eines Steuerausschusses auf hoher Ebene (gemeinsamer Vorsitz: Vance für die UNO, Lord Owen für die EG) und sechs Arbeitsgruppen fortsetzen.

Die sechs Arbeitsgruppen befassen sich mit

- Bosnien-Herzegowina
- humanitären Fragen
- ethnischen und nationalen Gemeinschaften und Minderheiten
- Staatennachfolge auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien
- wirtschaftlichen Fragen
- vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen und Verifikationsfragen.

J. Kellenberger hat das schweizerische Interesse an einer Beteiligung in den Gruppen über humanitäre und Minderheitenfragen angemeldet.

4. Der Krieg und dessen Begleiterscheinungen in B-H standen im Mittelpunkt der Konferenz.

Gerade mit Blick auf die Zukunft verdient aber die Diskussion über zwei andere Punkte ebenfalls Beachtung:

Mazedonien

Der Präsident Mazedoniens hat sich mit überzeugenden Argumenten darüber beschwert, dass die EG-Mitgliedstaaten Mazedonien wegen des griechischen Widerstandes - Griechenland fordert, dass der neue Staat auf den Namen Mazedonien verzichtet - die Anerkennung noch immer verweigern. Mehreren Mitgliedstaaten und nicht zuletzt der britischen EG-Präsidentschaft ist es in dieser Sache offensichtlich unwohl, weil es ihnen klar ist, dass Mazedonien alle Bedingungen für eine Anerkennung erfüllt. Der mazedonische Präsident meinte, sein Land sei sehr weit gegangen, indem es in der Verfassung den Verzicht auf jegliche Gebietsansprüche festgehalten und Griechenland darüber hinaus den Abschluss einer bilateralen Vereinbarung über die Unverletzlichkeit der Grenzen angeboten habe. Den Verzicht auf den Namen "Mazedonien" stellte er dagegen nicht in Aussicht, weil dieser einen Identitätsverlust bedeutete. Die griechischen Einwände stossen bei den meisten EG-Mitgliedstaaten auf wenig Verständnis, doch spielt die EG-Solidarität noch.

Kosovo

Der britische Aussenminister fordert im Namen der EG die rasche Aufnahme des Dialogs zwischen Serben und Kosovo-Albanern und die Wiederherstellung der früheren Autonomie Kosovos. Gleichzeitig meinte er, die Leute von Kosovo sollten verstehen, dass internationale Grenzen nicht mit Gewalt geändert werden sollten. Lord Carrington sah in der Unabhängigkeit Kosovos keine Lösung.

Der im Unterschied zum eher geschwätigen Panic schweigsame serbische Präsident Milosevic ergriff in diesem Punkt das Wort: er sei einverstanden, dass die Beachtung der Menschenrechte nicht als bloss interne Angelegenheit eines Staates angesehen werden dürfe, Kosovo dagegen sei eine interne serbische Angelegenheit.

Die albanische Delegation mit ihrer Bemerkung, Kosovo sei kein Menschenrechts- und kein Minderheitenproblem, liess deutlich durchblicken, dass sie die Lösung des Kosovo-Problems in der Unabhängigkeit des Gebietes sieht. Interessant war, wie die meisten anderen Delegationen in ihren Stellungnahmen nicht auf das Kosovo-Problem eingingen, wobei davon auszugehen ist, dass sich alle 12 EG-Mitgliedstaaten mit den Haltungen Hurds und Carringtons identifizieren dürften.

Kommentare

Gründet man sein Urteil im wesentlichen auf die in London genehmigten Grundsätze und das Aktionsprogramm, fällt es günstig aus. Die Zweifel, ob sich die Konfliktparteien, und

vor allem die bosnischen Serben, tatsächlich an die Grundsätze halten werden, blieben aber auch in London verbreitet. Allerdings steht nach London die Glaubwürdigkeit eines wichtigen Teils der Völkergemeinschaft wie selten zuvor auf dem Spiel: wenn nach all dem in London Gesagten die Missachtung der Grundsätze durch eine Konfliktpartei nicht die angedrohten verschärften Sanktionen und eine noch stärkere Isolation der Verantwortlichen zur Folge haben wird, dann wird es um den noch verbliebenen Glauben an die Wirksamkeit solcher politischer Druckübungen geschehen sein. Ob sich das UNO und EG leisten wollen und können, ist doch sehr fraglich.

In der Diskussion über humanitäre Fragen fiel auf, dass die intervenierenden Länder vor allem die verstärkte Hilfe vor Ort und die Ermöglichung der Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen in ihre Heimat forderten. Diese vorherrschende Grundhaltung findet ihren Niederschlag im einzigen, den Flüchtlingen gewidmeten Absatz des Papiers über spezifische Beschlüsse der Londoner Konferenz:

"Progressive return of refugees to their homes and response to the needs identified by the UN."

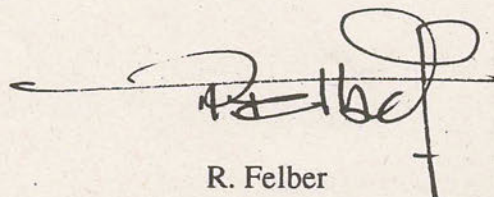
Kein ernsthaftes Thema an der Konferenz waren militärische Interventionen, mit Ausnahme des militärischen Schutzes humanitärer Konvois.

Aus spezifisch schweizerischer Sicht wäre beizufügen:

Die Auffassungen, wie sie in der Grundsatzerklärung und in der Erklärung über Bosnien zum Ausdruck kommen, decken sich praktisch mit den unsrigen: Als Nicht-Mitglieder der UNO hätten wir einzig Ziffer 10 der Grundsatzerklärung nicht voll mittragen können. Die in der Praxis geübte internationale Solidarität im Falle von UNO-Sanktionen relativiert aber auch die Bedeutung dieser Abweichung.

Dass die Konferenz jetzt ihre operationelle Fortsetzung am UNO-Sitz in Genf findet, ist erfreulich. Die Schweiz wurde in London um keine Unterstützung finanzieller oder anderer Art angegangen, doch stellt sich die Frage, ob wir nicht einen Beitrag an die Kosten im Zusammenhang mit der administrativen Durchführung des Aktionsprogrammes leisten sollten. Der diplomatische Nutzen einer vergleichsweise bescheidenen Geste könnte erheblich sein.

Mit Bezug auf die Instrumente, über welche die schweizerische Aussenpolitik verfügt, hat die Londoner Konferenz in Erinnerung gerufen, dass der Schweiz durch die Nichtmitgliedschaft in der UNO und in der EG zwei ganz wichtige Handlungsrahmen fehlen, um auf internationaler Ebene wirkungsvoll tätig sein zu können.



R. Felber

The London Conference



LC/C2 (FINAL)
26 August 1992

STATEMENT OF PRINCIPLES

Approved by the Conference on 26 August

STATEMENT OF PRINCIPLES

The London Conference has endorsed the following principles as the basis for a negotiated settlement of the problems of former Yugoslavia:

- (i) the imperative need that all parties and others concerned should cease fighting and the use of force, should respect agreed ceasefires and restrain those who commit or seek to provoke breaches of them;
- (ii) non-recognition of all advantages gained by force or fait accompli or of any legal consequences thereof;
- (iii) the need for all parties concerned to engage actively, directly or through intermediaries, in negotiations on the basis of these principles;
- (iv) respect for the highest standards of individual rights and fundamental freedoms in a democratic society, as embodied in the International Covenants of the United Nations on Human Rights, the European Convention on Human Rights and its protocols and other instruments of the United Nations, the Conference on Security and Cooperation in Europe and the Council of Europe;
- (v) implementation of constitutional guarantees of the human rights and fundamental freedoms of persons belonging to ethnic and national communities and minorities, the promotion of tolerance and the right to self determination in accordance with the commitments entered into under the CSCE and in the EC Conference on Yugoslavia;

(vi) total condemnation of forcible expulsions, illegal detentions and attempts to change the ethnic composition of populations, and effective promotion of the closure of detention camps, and of the safe return to their homes of all persons displaced by the hostilities who wish this;

(vii) compliance by all persons with their obligations under international humanitarian law and in particular the Geneva Conventions of 12 August 1949, and the personal responsibility of those who commit or order grave breaches of the Conventions;

(viii) the fundamental obligation to respect the independence, sovereignty and territorial integrity of all states in the region; and to respect the inviolability of all frontiers in accordance with the UN Charter, the CSCE Final Act and the Charter of Paris. Rejection of all efforts to acquire territory and change borders by force;

(ix) the requirement that a final settlement of all questions of succession to the former Socialist Federal Republic of Yugoslavia must be reached by consensus or by arbitration and the commitment of all parties to recognise each other mutually, to respect each others' status and rights under any such settlement and to share the duties and responsibilities of successor states;

(x) the obligations on all states and parties concerned to comply in full with all UN Security Council Resolutions on the crisis in the former Socialist Federal Republic of Yugoslavia and to do their utmost to secure their implementation;

(xi) the vital need for humanitarian aid to be provided and, under appropriate protection and with the full cooperation of the local authorities, to reach the populations in need, with special consideration for the needs of children:

(xii) the obligation on all parties to cooperate wholeheartedly in the international monitoring, peacekeeping and arms control operations in the territory of the former Socialist Federal Republic of Yugoslavia and to contribute constructively to the suppression of violence throughout the area;

(xiii) the need to provide international guarantees to ensure the full implementation of all agreements reached within the framework of the International Conference.

IV

The London Conference

STATEMENT ON BOSNIA

The participants in the London Conference on the former Socialist Federal Republic of Yugoslavia condemn the continuing violence in Bosnia and Herzegovina and the attempts to gain territory by the use of force. They reject as inhuman and illegal the expulsion of civilian communities from their homes in order to alter the ethnic character of any area. They welcome the adoption by the United Nations Security Council of Resolution 771 and other Security Council Resolutions, and the Resolution of the UN Commission on Human Rights on the situation of human rights in the territory of the former Yugoslavia. They undertake to collate substantiated information on violations of international humanitarian law and to make this information available to the United Nations. They reaffirm that persons who commit or order the commission of grave breaches of the Geneva Conventions are individually responsible in respect of such breaches.

A political settlement in Bosnia and Herzegovina must include the following provisions:

- a) a full and permanent cessation of hostilities and an end of all violence and repression, including the expulsion of populations;
- b) recognition of Bosnia-Herzegovina by all the former Yugoslav Republics;
- c) respect for the integrity of present frontiers, unless changed by mutual agreement;

d) implementation of guarantees for the rights of persons belonging to all national communities and minorities in accordance with the UN Charter and CSCE provisions;

e) just and adequate arrangements for people who have been forcibly expelled from their homes including the right to return and compensation for their losses;

f) democratic and legal structures which properly protect the rights of all in Bosnia and Herzegovina, including national communities and minorities;

g) assurances of non-intervention by outside military forces whether formed units or irregulars, except as provided for in relevant UN Security Council Resolutions;

h) respect for all international Treaties and Agreements;

i) restoration of trade and other links with neighbouring countries.

Further urgent steps are now required to achieve a settlement. The participants in the London Conference urge all parties immediately and without preconditions to resume negotiations on future constitutional arrangements within the framework of the Conference. All parties involved must participate in these negotiations with a genuine will to secure peace and a respect for the interest of the other parties.

The negotiations will also need to cover the following arrangements:

- a) a genuine and lasting end to the conflict throughout the Republic, and return of territory taken by force;
- b) the cessation of all outside interference, in terms of personnel or material support, in the present conflict;
- c) the grouping of heavy weaponry under international control;
- d) the demilitarisation of major towns and the monitoring of them by international observers;
- e) the establishment of refugee and relief centres for those citizens of Bosnia-Herzegovina who have lost or been expelled from their homes, pending their return;
- f) the extension of humanitarian relief to all areas of Bosnia-Herzegovian where supplies are needed, with the cooperation of local parties;
- g) an international peacekeeping force under UN auspices may be created by the UN Security Council to maintain the ceasefire, control military movements, and undertake other confidence building measures.

As and when parties are ready to reach a settlement on the above basis, the International Community will join with them in a major reconstruction programme to cope with humanitarian needs and to restore economic activity.

Direction: Direction politique

Berne, le 31 août 1992

Références: KE/HERAU CHEF DU DEPARTEMENT FEDERAL
DES AFFAIRES ETRANGERES*p.B. 73. Yang. O.*

Original direkt weitergeleitet

W 166

Titre de la proposition:

Londoner Konferenz über das ehemalige Jugoslawien
vom 26. und 27. August 1992

Date de la proposition: 31.8.1992

Date limite de traitement par le Conseil fédéral: urgent

Raison:

Les Services suivants du DFAE ont été consultés et sont d'accord:

Tirage: Le Secrétariat du Chef du DFAE se charge du tirage.

15 exemplaires sont à renvoyer à HER Bureau W 156
pour distribution interne.

Information pour la presse:

Communiqué ci-joint

Information donnée par le Vice-chancelier de la Confédération
sur la base du papier ci-jointPas d'information à l'issue de la séance du Conseil fédéral
(Ci-joint une note explicative pour le Service Information et Presse DFAE)

Le Collaborateur:

Le Chef de Section/Service:

Le Directeur:

Annexes: - Proposition au Conseil fédéral
- Projet de décision en 2 exemplaires
- Feuille d'accompagnement de la proposition (formulaire vert)

Proposition signée le:

31. Aug. 1992